

# Kriegsende und Friedensprojekt : die Anfänge des europäischen Einigungsprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg

Autor(en): **Koller, Christian**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **83 (2005)**

Heft 3

PDF erstellt am: **27.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341918>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Kriegsende und Friedensprojekt

Die Anfänge des europäischen Einigungsprozesses  
nach dem Zweiten Weltkrieg

Das Kriegsende 1945 war nicht nur der Schlusspunkt eines weltweiten Mordens und der Ära des Faschismus, sondern zugleich eine Zeit politischen Pläneschmiedens. Über die Frage, wie Europa und die Welt in der Zukunft politisch aussehen sollten, herrschten die unterschiedlichsten Vorstellungen. Eine Idee

---

**Christian Koller**

---

indessen tauchte in zahlreichen Plänen für eine friedlichere Zukunft auf, die Idee von einem geeinten Europa.

Der Grundgedanke, durch gesamteuropäische politische Strukturen den Frieden zu fördern, war an sich nicht neu. Derlei Pläne waren seit Jahrhunderten immer wieder aufgetaucht. So formulierte im Zeitalter der Glaubenskriege der Herzog von Sully, ehemaliger Minister des 1610 ermordeten französischen Königs Henri IV, in seinen Memoiren einen Europaplan, der auf eine Konföderation mit weitgehender Entmachtung der Habsburger, der Herstellung eines politischen Gleichgewichts und religiöser Toleranz abzielte. Zur Verhinderung von Kriegen und Bürgerkriegen innerhalb Europas sowie zur Abwehr von Angriffen von aussen sollte ein europäisches Heer aufgebaut werden und über diese Konföderation ein Europarat wachen. Im Jahre 1795 publizierte Immanuel Kant seine Schrift «Vom ewigen Frieden», in der er einen Weltvölkerbund auf der Basis einer Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte betonenden Normen- und Wertegemeinschaft forderte. Im 19. Jahr-

hundert waren es etwa der Graf de Saint-Simon, Begründer einer frühsozialistischen Bewegung, oder der Schriftsteller Victor Hugo, die wichtige Europapläne formulierten. Saint-Simon entwarf eine europäische Verfassung, die ein Zweikammerparlament und einen europäischen Monarchen vorsah. Hugo trat auf verschiedenen europäischen Pazifistenkongressen auf. Er setzte sich für ein friedliches Europa der brüderlichen Nationen ein und knüpfte damit an die Idee der «fraternité» aus der Französischen Revolution an.

Nach der Erfahrung des Ersten Weltkrieges intensivierten sich diese Bestrebungen. Die Europaidee wurde nun von der Utopie zum politischen Programm. Vielen erschien es notwendig, neben dem neugegründeten, aber in mancherlei Hinsicht schwachen Völkerbund eine auf Europa konzentrierte Friedensorganisation zu schaffen, die insbesondere auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit begünstigen sollte. Im Zentrum dieser paneuropäischen Ideen stand Graf Richard Coudenhove-Kalergi, der bereits 1923 in seinem «Pan-Europäischen Manifest» geradezu prophetisch vor einem neuen Krieg warnte, der die Grauen des Ersten Weltkrieges noch weit übertreffen würde: «Sein Element wird die Luft sein (...) – sein Ziel die Ausrottung der feindlichen Nation. Der Hauptkampf wird sich gegen die Städte des Hinterlandes richten, gegen Frauen und Kinder.»<sup>1</sup> Zur Abwendung

<sup>1</sup> Richard Niklaus Coudenhove-Kalergi: Das Pan-Europäische Manifest. Wien-Leipzig 1924, S. 3.

einer solchen Katastrophe propagierte Coudenhove den politischen und wirtschaftlichen Zusammenschluss aller Staaten von Polen bis Portugal zu einer Föderation mit gemeinsamem Parlament und gemeinsamer Exekutive, zu deren Kompetenzen die Aussenpolitik und die Schaffung eines einheitlichen Wirtschaftsgebietes gehören sollten.

Die von Coudenhove ins Leben gerufene «Paneuropa-Union» wuchs in den folgenden Jahren zu einer eindrucksvollen Organisation mit nationalen Sektionen in allen kontinentaleuropäischen Ländern heran. 1925 erreichte der linke Flügel der SPD die Aufnahme eines Artikels ins Parteiprogramm, dass Sozialdemokraten sich für eine «Europäische Wirtschaftsunion» als Weg in die Vereinigten Staaten von Europa einsetzten. Die paneuropäischen Ideen hatten auch Rückwirkungen auf die Schweiz. 1930 wurde in Genf die Organisation «Jung-Europa» gegründet, die in ihrem Programm eine europäische Freihandelszone zur Verhinderung bewaffneter internationaler Konflikte forderte, sich jedoch ausser in Basel schon nach kurzer Zeit wieder auflöste. Anfang 1933 formierte sich im Nachgang zum dritten Paneuropa-Kongress die «Paneuropa Gruppe» Basel; 1934 fusionierten «Jung-Europa» Basel und die «Paneuropa Gruppe» zur «Europa-Union», einer Vorläuferorganisation der heutigen «Neuen Europäischen Bewegung» (NEBS).

Das Wirken Coudenhoves und seiner Anhänger wurde indessen genau so wenig von Erfolg gekrönt wie der 1929/30 vom sozialistischen französischen Aussenminister und Friedensnobelpreisträger Aristide Briand unternommene Versuch, den europäischen Einigungsprozess durch eine Intensivierung namentlich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit voranzutreiben. Briand legte dem Völkerbund im Mai 1930 ein entsprechendes Memorandum vor und forderte darin einen «Bund auf der Grundlage des Gedankens der Einigung, nicht der Einheit; d. h. er muss

elastisch genug sein, um die Unabhängigkeit und die nationale Souveränität jeden Staates zu wahren, aber allen den Vorteil kollektiver Solidarität bei der Regelung der politischen Fragen gewährleisten, die das Schicksal der europäischen Gemeinschaft oder das eines ihrer Mitglieder betreffen». Wirtschaftlich befürwortete er die Schaffung eines gemeinsamen Marktes im Sinne der Vereinfachung des Güter-, Kapital- und Personenverkehrs.

Zu den erbittertesten GegnerInnen der paneuropäischen Bestrebungen der Zwischenkriegszeit zählten die faschistischen Bewegungen. So räumte etwa Adolf Hitler in einem 1928 verfassten Manuskript über aussenpolitische Fragen zwar ein, der «drohenden Überwältigung der Welt durch die amerikanische Union» müsse entschieden entgegengetreten werden, eventuell auch durch eine «neue Völkervereinigung», betonte indessen sofort: «Kein Paneuropa aber kann zur Lösung dieses Problems berufen sein, sondern nur ein Europa mit freien und unabhängigen Nationalstaaten, deren Interessengebiete auseinandergehalten und genau begrenzt sind.»<sup>2</sup> Die paneuropäische Bewegung, so Hitler, beruhe nämlich «auf dem fundamentalen Grundirrtum, dass man Menschenwerte durch Menschenzahl ersetzen könnte [...]. Diese Auffassung entspricht der Sinnlosigkeit unserer westlichen Demokratie ebenso sehr wie dem feigen Pazifismus unserer Überwirtschaftskreise. Dass sie das Ideal aller minderwertigen oder halbbrassischen Bastarde ist, liegt auf der Hand. Ebenso, dass der Jude eine solche Auffassung besonders begrüsst, führt sie doch in ihrer konsequenten Befolgung zu einem Rassenchaos und Durcheinander, zu einer Verbastardung und Verniggerung der Kultur Menschheit und endlich damit zu einer solchen Senkung ihres rassistischen Wertes, dass der sich davon freihaltende Hebräer

<sup>2</sup> Gerhard L. Weinberg (Hg.): Hitlers zweites Buch: Ein Dokument aus dem Jahr 1928. Stuttgart 1961, S. 218.

langsam zum Weltherren aufzusteigen vermag.»<sup>3</sup>

Auch das Nazi-Blatt «Völkischer Beobachter» polemisierte heftig gegen die paneuropäischen Bestrebungen. So bedauerte es Juli 1928, «dass man Begriffe wie Landesverrat in der marxistisch und pazifistisch regierten Republik bald überhaupt nicht mehr kennen wird, daher sind wir auch überzeugt, dass Leute wie Coudenhove-Kalergi noch lange in Deutschland frei herumlaufen werden».<sup>4</sup> Wenige Tage darauf wurde Coudenhove dann als «Paneuropa-Graf, dessen Mischlingsideal bekanntlich die eurasisch-negroide Zukunftsrasse unter jüdischer Führung ist», tituliert; der Artikel schloss mit den Worten, es sei «hohe Zeit, dass dem arroganten Mischlingsgrafen sein gefährliches Handwerk gelegt wird. Das geistige Nomadentum ist unter der neudeutschen Intelligenz ohnedies schon grösser, als wir es vertragen können».<sup>5</sup>

Auch nach dem Scheitern aller Friedensbemühungen lebten die Coudenhoveschen Ideale indessen im Untergrund weiter, ja sie wurden während des Zweiten Weltkrieges zu einem zentralen Element in den Zukunftsplänen der HitlergegnerInnen. Im Winter 1939/40 formulierte die schweizerische «Europa-Union» mit den «Leitsätzen für ein neues Europa» ihr erstes detailliertes Programm. Zentral war darin die Forderung nach einem europäischen Bundesstaat, der für die Friedenssicherung verantwortlich sein sollte. Die soziale Verantwortung übertrug das Programm der Wirtschaft, die genossenschaftlich organisiert werden sollte. Ausserdem sollte ein übernationales Kulturparlament die Oberhoheit über den Schulunterricht in euro-

päischem und demokratischem Sinne ausüben. Aber auch in praktisch allen europäischen Widerstandsbewegungen, sei es die französische Résistance, seien es der Kreis um die Hitlerattentäter vom 20. Juli 1944 und andere deutsche Widerstandsgruppen, sei es die Resistenza in Italien oder seien es belgische, polnische und niederländische Untergrundorganisationen oder deutsche ExilsozialistInnen, wurden europäische Föderationspläne geschmiedet. In konspirativen Zirkeln und in faschistischen Kerkern entstanden so jene Konzepte, auf welche nach dem Kriege die europäischen Bewegungen zurückgreifen sollten.

Tatsächlich dauerte es nach dem Kriegsende nicht lange, bis entsprechende Bestrebungen in Gang kamen. Vom 15. bis 22. September 1946 trafen sich in Bern und Hertenstein am Vierwaldstättersee 78 Delegierte aus 13 europäischen Ländern sowie den USA zu einer von der schweizerischen «Europa-Union» und der niederländischen «Europeesche Actie» organisierten Konferenz und verabschiedeten ein 12-Punkte-Programm, das sich wesentlich an den Programmen der «Europa-Union» und des niederländischen Verbands orientierte und die föderalistischen Grundsätze klar, knapp und doch umfassend umriss. Die Konferenz gab den Anstoss für die Gründung der «Union Européenne des Fédéralistes» (UEF).

Genau gleichzeitig mit der Hertensteiner Konferenz, am 19. September 1946, mahnte Winston Churchill in seiner berühmten Rede «The Tragedy of Europe» in der Aula der Universität Zürich die Bildung von «a certain kind of United States of Europe» an. Der britische Kriegspremier beendete seine Rede mit dem Ausruf «let Europe arise!», meinte damit aber ausschliesslich Kontinentaleuropa, das in vereinigter Form und auf der Basis französisch-deutscher Versöhnung ein gleichberechtigter Partner der «Grossen Drei», der Vereinigten Staaten, Grossbritanniens und der Sowjetunion, werden

<sup>3</sup> Ebd., S.129. Vgl. auch Walther Borgius: Der Paneuropa-Wahn. Berlin 1927 und A. Dix: Schluss mit Europa. Leipzig 1928.

<sup>4</sup> «Der paneuropäische Schwindel», in: Völkischer Beobachter 5.7.1928.

<sup>5</sup> «Der aufdringliche Coudenhove-Kalergi», in: Völkischer Beobachter, 17.7.1928. Vgl. auch «Die geplante Auslieferung Deutschlands an Paneuropa», in: Völkischer Beobachter, 20.5.1930; «Briands Rattenfänger-Denkschrift», in: Völkischer Beobachter, 20.5.1930.

sollte. Im Mai 1947 erfolgte die Gründung des eher konservativen «United Europe Movement», das in seinen Einigungsbestrebungen weniger weit gehen wollte als die UEF. Im selben Jahr entstanden auch die Bewegung «Sozialistische Vereinigte Staaten von Europa», die 1961 in Europäische Linke umbenannt wurde, und die christlichdemokratischen «Nouvelles Equipes Internationales».

Unter der Federführung des «United Europe Movement» fand im Mai 1948 in Den Haag ein «Europakongress» statt, an dem etwa 700 ExponentInnen aus Politik, Wirtschaft und Kultur teilnahmen; eine führende Rolle spielte hier abermals Winston Churchill. Gefordert wurde insbesondere die Wahl einer «Europäischen Versammlung» durch die nationalen Parlamente und die Einrichtung eines europäischen Kulturzentrums, um den Glauben an den Wert des Individuums, das gemeinsame Erbe der Kultur und die demokratischen Prinzipien zu propagieren. Der Haager Kongress gab unmittelbar den Anstoss zur Gründung des Europarates im Jahre 1949 und zur Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) im Jahr darauf. Ebenfalls 1949 bekundeten die «founding fathers» der Bundesrepublik Deutschland in der Präambel des Grundgesetzes ihren Willen, «als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen».

1950 schlug der französische Außenminister Robert Schuman in einer von Jean Monnet inspirierten Rede vor, dass Deutschland und Frankreich sowie jedes weitere beitragswillige europäische Land ihre Kohle- und Stahlindustrie gemeinsam

verwalten sollten. Im Jahr darauf wurde in Paris mit der Unterzeichnung des Vertrages über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) durch Frankreich, die Bundesrepublik, Italien und die Benelux-Staaten das erste supranationale Abkommen geschlossen, das zur Keimzelle der heutigen EU wurde. Die Präambel nannte als Zwecke des Vertrages die Sicherung des Weltfriedens, die wirtschaftliche Entwicklung und die Hebung des Lebensstandards. Grundidee war, «an die Stelle der jahrhundertalten Rivalitäten einen Zusammenschluss ihrer wesentlichen Interessen zu setzen, durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft den ersten Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter Völkern zu legen, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren, und die institutionellen Grundlagen zu schaffen, die einem nunmehr allen gemeinsamen Schicksal die Richtung weisen können». Sechs Jahre später unterzeichneten die «Sechs» in Rom zwei weitere Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (Euratom), die sogenannten «Römischen Verträge». Die drei Europäischen Gemeinschaften besaßen zunächst zwei gemeinsame Organe, den Gerichtshof und die Parlamentarische Versammlung. Im Jahre 1967 wurden dann auch die Exekutivorgane fusioniert, so dass die drei Gemeinschaften sich zunehmend zu einer einzigen Europäischen Gemeinschaft (EG) wandelten, aus der wiederum im Jahre 1994 die Europäische Union hervorging.